



Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

16. März 1968 - 22/11
Einzelpreis DM 0.75

WESTBERLINS SPD: FÜHRUNGSWECHSEL ODER PARTEISPALTUNG

Für Westberlins SPD stellen sich nach den Vorgängen der beiden letzten Tage nur zwei Alternativen: Entweder eine neue Führung, vor allem die Ersetzung der Führungsgruppe Neubauer-Mattick-Sickert, oder eine Spaltung der Partei durch weitere Ausschlüsse. Die Parteilinke würde für diesen Fall die extreme Rechte der Partei und vor allem die Führung für das Zustandekommen einer zweiten sozialdemokratischen Gruppierung in dieser Stadt verantwortlich machen können. Eine Tagung des linken Führungskreises am Freitagnachmittag endete optimistisch: Die Solidarisierungswelle nicht allein in Westberlin, sondern auch in der Bundesrepublik, mit Ristock und Beck isoliert die Westberliner Führungsgruppe und die "Maffia" zusehends. Ex-Bürgermeister Albertz wird auf der am heutigen Sonnabend in Nürnberg stattfindenden Bundesvorstandssitzung den Antrag stellen, daß der Bundesparteitag per Resolution den Sofortausschluß aufhebt. Die Kreuzberger (Beck) und die Charlottenburger (Ristock) Bezirksfraktionen haben sich mit den Ausgeschlossenen solidarisiert. Auch die liberalen rechten Bürgermeister in Westberlin werden sich hinter die Ausgeschlossenen stellen. Die Rechte ist damit über die Affäre Ristock-Beck gespalten.

Die rechte Führungsgruppe schien in der Nacht zum Freitag noch entschlossen, alle 350 Vietnam-Demonstranten aus der Partei auszuschließen. Für diesen Fall gäbe es im Abgeordnetenhaus eine mindestens drei Mann (Waldemar Schulze, Manfred Wetzel, Hans Kohlberger) starke USPD-Gruppe. Vorgesprächen nach würden sich diesen drei Abgeordneten weitere acht anschließen.

Vorsichtige Beobachter glauben jedoch, daß es kaum so weit kommen wird. Die Affäre wird, so vermutet man bis weit in die rechten Gruppen hinein, aber mit einem Desaster der extremen Führungsgruppe und mit dem "politischen Tod" von Mattick, Neubauer, Sickert und Schütz enden. Jene Prognosenmacher, die Schütz "höchstens acht Monate" gegeben haben, dürften dann recht behalten haben. Der Schütz-Senat regiert jetzt fünf Monate.

AUSSCHLUSS RISTOCK-BECK: DIE ROLLE VON SCHÜTZ

Der Führungskreis der Parteirechten, der sogenannte Pfeifenklub, hatte schon in der vergangenen Woche mit 17:3 Stimmen beschlossen, Beck und Ristock auszuschließen (Ristock ist 18 Jahre SPD-Mitglied, Beck 40 Jahre; Beck war wegen seiner Parteizugehörigkeit zudem mehrere Jahre im NS-Zuchthaus). Die Motive: Der Nürnberger Parteitag wird den Sofortausschlußparagrafen 29 abschaffen, um damit rechtsstaatliche Grundsätze auch in der SPD herzustellen. In einer Kneipe formulierte der SPD-Rechte Drogala in einem Gespräch mit dem SPD-Rechten Schwedler das Problem daher so: "Wenn wir sie jetzt nicht hinausschmeißen, werden sie zu stark und wir kriegen sie nie mehr raus." Drogala drohte Schwedler wegen dessen "pflaumiger Haltung"; es würde für die Rechten, die sich der Disziplin nicht beugten, Konsequenzen nach sich ziehen.

Inzwischen hatte aber die Parteiführung in Bonn interveniert. Wehner zu Schütz: "Stört mir bloß den Parteitag nicht mit eurem Scheißdreck aus Berlin." Brandt, eben aus Marokko zurück, ließ Wirtschaftsminister Schiller ausschwirren, um Stimmung gegen die starre Haltung der Westberliner Parteispitze zu machen. Schütz wurde bedeutet, welche Konsequenzen es für ihn, die Westberliner Partei und für die "Einheit der Bundesrepublik mit Berlin" haben müsse, wenn Schütz wegen der Vorfälle in Westberlin in Nürnberg mit seiner Kandidatur für den Parteivorstand durchfallen würde.

Schütz entsandte daraufhin Anfang der Woche seinen Referenten Struwe mit einem Kompromißvorschlag zu Ristock. Er und Beck sollten erklären, daß ihre Ämter im Landesvorstand "ruhen"; das Ordnungsverfahren solle auf Landesebene durchgeführt werden. Die beiden stimmten zu. Sie waren daher überrascht, als Mattick die Landesvorstandssitzung mit der Forderung nach einem Sofortausschluß eröffnete und sie nur mühsam mit der "Empfehlung" der Untersuchungskommission bemäntelte. Schütz, hin und her gerissen zwischen dem Druck der immer massiver auftretenden "Maffia" in Westberlin und seinen Ambitionen auf Bundesebene, meldete sich nur einige Male zaghaft zu Wort, kam aber gegen die Amok laufende Gruppe Mattick-Neubauer-Sickert-Liehr- nicht mehr an.

SICKERT: "WIR WOLLEN DIE MACHT BEHALTEN"

In der Nacht zum Freitag, während der entscheidenden Sitzung des Landesvorstandes der SPD, unterhielt sich der DGB-Vorsitzende und SPD-Funktionär Sickert mit dem aus der SPD ausgeschlossenen Gunther Soukup. Er hielt ihn wohl für einen Journalisten. Dabei erklärte Sickert u. a.: "Die Jugend, von der Sie so viel reden, ist entweder nicht wahlberechtigt, entweder zu jung oder Studenten. Links von uns gibts ja nichts, was man wählen kann." Auf die Frage, ob die Partei dann mit ihrer Haltung auf Rechtswähler spekuliere: "Wir sind an der Macht, wir wollen die Macht behalten, es ist uns gleich, wer uns wählt." Sickert beklagte sich darüber, daß die Westberliner SPD Wahlen seit Brandts Weggang nicht mehr "mit Persönlichkeiten" gewinnen könne, sondern nur als Partei. Die "Besten sind nach Bonn". Auf den Einwurf, ob das Personalproblem der SPD nicht mit der Trennung vom SDS zusammenhinge: "Gehen Sie mir mit dem SDS, da haben wir doch Stein und Büsch, die uns den ganzen Mist eingebrockt haben. Wir Schlosser wußten doch nichts von der Notwendigkeit einer Hochschulreform, die hätten's doch wissen müssen, Stein und Büsch, das sind doch die Versager."

SENAT: WIRTSCHAFTS-OPTIMISMUS UNANGEBRACHT

"Berlin ist über den Berg", verkündete die Hauptschlagzeile des sozialdemokratischen "Telegraf" gestern. Unterzeile: "Senator König zur Wirtschaftslage". Senat und rechte SPD Führung benutzten den alljährlich aufgelegten Wirtschaftsbericht zum abgelaufenen Jahr für eine zweckoptimistische Kampagne ohnegleichen. Tenor: Uns geht's ausgezeichnet, denn alles hätte 1967 viel schlimmer kommen können.

Daß man intern die Lage realistischer sieht, geht nicht nur aus einem heute von uns veröffentlichten vertraulichen Protokoll einer Sitzung von Experten der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses hervor: Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit schied jetzt der Wirtschaftsprofessor Kade, der noch von Albertz zum Leiter einer Strukturkommission der Westberliner Wirtschaft berufen worden war, aus seinem Amt beim Senat. Wohl sind für diesen Schritt auch Querelen zwischen den dort zusammengeführten Professoren maßgeblich gewesen: Entscheidend für Kade war, daß er kaum eine Möglichkeit sah, unter dem neuen Regierenden Bürgermeister Schütz sinnvoll zu arbeiten.

EMPFEHLUNG VON SCHÜTZ: GRÜNDET EINE NEUE PARTEI

Auf dem Jungbürgerforum Charlottenburg, das am Mittwoch unter Leitung von Jürgen Wohlrabe (CDU) stattfand, empfahl der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz kritischen SPD-Genossen die Gründung einer neuen Partei. Schütz: "Eine große Sozialistin, Rosa Luxemburg, hat einmal für uns - für viele von uns sicherlich - ein Wort geprägt, das viele von uns sicherlich als Leitschnur ihres Denkens nehmen würden, nämlich: Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Aber das war (...), als sie schon längst aus der sozialdemokratischen Partei rausgegangen war, weil sie genau wußte, daß es bestimmte Formen und Verhaltensweisen draußen nicht zulassen, in der Partei

zu sein. Dann muß man rausgehen, und wenn es notwendig ist, sich mit anderen in einer neuen Partei zusammentun."

EXPRESS INTERNATIONAL: SONDERNUMMER ZUM SPD-PARTEITAG

Die in Frankfurt erscheinende Zeitschrift "express international" (6000 Frankfurt, Witelbacher Allee 62) hat zum Parteitag der SPD eine Sondernummer herausgebracht, in der die partei-interne Opposition ihre Alternativ-Vorstellungen zur Politik der Parteiführung darlegt. Es schreiben u. a.: Joachim Steffen, Landesvorsitzender Schleswig-Holstein; Erwin Essl, Bezirksleiter der IG Metall München und MdL; Wilhelm Dröscher, Bezirksvorsitzender Rheinland-Hessen/Nassau und MdB; Walter Möller, Unterbezirksvorsitzender Frankfurt; Peter von Oertzen, Bezirksvorstandsmitglied Hannover; Olaf Radke, Fraktionsvorstandsmitglied und MdL im Landtag Hessen; Julius Lehlbach, DGB-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz; Georg Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall; Hermann Rappe, Hauptvorstandsmitglied der IG Chemie; Erwin Beck, bis zu seinem Ausschluß Landesvorstandsmitglied Westberlin; Jakob Moneta, Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung "Metall" und Dr. Reinhard Hoffmann, Bürgerschaftsmitglied Hamburg.

ROWOHLT-REIHE: VORABDRUCKRECHTE AN DEN SPRINGER-KONZERN

Ein Vertrag, der politisch-moralischer Pikanterie nicht entbehrt, soll in der kommenden Woche zwischen den Verlagshäusern Rowohlt und Springer geschlossen werden. Eine für den Herbst 1968 vorbereitete, etwa 50 Bände umfassende sexualwissenschaftliche Rowohlt-Reihe soll im Vorabdruck bei den Springer-Blättern "Eltern" und "Jasmin" erscheinen. Prof. Hans Giese, Leiter des Instituts für Sexualforschung an der Universität Hamburg, betreut die Reihe bei Rowohlt; er sitzt gleichzeitig im Beirat von "Eltern" und arbeitet als Berater für "Jasmin". Pikant ist der Vertrag deshalb, weil Rowohlt den Boykott der progressiven Verleger gegen Springer unterzeichnet hat und Verlagsleiter Radatz, der das Geschäft in der nächsten Woche tätigen will, den Boykottaufruf der Gruppe 47 gegen Springer mit-initiierte. Zu den Autoren der Rowohlt-Reihe gehören u. a. Generalstaatsanwalt Bauer, die Professoren Adorno und Hochheimer und der Diplomspsychologe Kentler.

EX-MINISTER PAPANDREOU: ATHENER MINISTER SEIT JAHREN CIA-AGENTEN

Der ehemalige demokratisch-griechische Minister Andreas Papandreou erklärte in einem Interview mit der norwegischen Wochenzeitung "Orientering" am 9. März, der jetzige Staatsminister Papadopoulos und der derzeitige Minister für Koordination, Makarezos, seien seit Jahren, wie viele andere griechische Politiker auch, bezahlte Agenten des amerikanischen Geheimdienstes CIA und hätten dadurch "ein festes Einkommen". Aber: "Papadopoulos ist wohl der erste CIA-Agent, der es bis zum Staatsminister gebracht hat". Sein Wissen bezieht Papandreou aus seiner Tätigkeit als Minister, der auch für den griechischen Nachrichtendienst KYP verantwortlich war. Er habe vergeblich versucht, KYP unter Kontrolle zu bekommen; er sei aber stets "von anderen", also offenbar von den Amerikanern, beeinflusst gewesen.

ARBEITSGERICHT: SPRINGER-PLAKETTE IST WIE PARTEIABZEICHEN

In seiner schriftlichen Urteilsbegründung hat jetzt das Landesarbeitsgericht noch einmal ausführlich zum Tragen von politischen Plaketten am Arbeitsplatz Stellung genommen: Ein Baukaufmann war von seiner Firma fristlos entlassen worden, weil er im Betrieb eine "Enteignet-Springer"-Plakette trug. Das Arbeitsgericht hatte in der ersten Instanz diese fristlose Kündigung wegen "Störung des Betriebsfriedens" bestätigt (EXTRA-Dokumentation Nr. 4/II). Auf die Berufung des Klägers wurde das Urteil vom Landesarbeitsgericht aufgehoben. Die Kosten hat die Firma zu tragen, bei der der Springer-Konzern zum Kundenkreis gehört. Dem Landesarbeitsgericht "erscheint es bereits zweifelhaft, ob das Tragen der sogenannten Springer-Plakette bereits als eine unzulässige 'politische Betätigung' im Betrieb angesehen werden kann, oder ob es sich nicht vielmehr lediglich um eine rechtlich nicht zu beanstandende bloße politische Meinungsäußerung handelt." Und weiter: "Es ist daher zu fordern, daß eine unzulässige politische Betätigung stets

den Charakter eines klar agitatorisch provozierenden Handelns haben muß. Diese Frage dürfte beim bloßen Tragen eines Abzeichens, z. B. eines solchen, welches die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei dokumentiert, im allgemeinen zu verneinen sein. Ob man bei der Plakettenaufschrift 'Enteignet Springer' zu einem anderen Ergebnis kommen muß, erscheint zweifelhaft."

ALBERTZ: "VERGESSEN SIE WASSERWERFER UND GUMMIKNÜPPEL"

Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Westberlin, Heinrich Albertz, der nach dem 2. Juni vergangenen Jahres mit scharfen Erklärungen gegen die Demonstranten für eine weitere Eskalation der Ereignisse gesorgt hatte, erklärte am Montag in Vlotho an der Weser vor zahlreichen Polizei- und Bundeswehroffizieren über die Studentenunruhen: "Diese tiefbeunruhigten jungen Leute sind ein Kapital, wie wir es in Deutschland noch nie gehabt haben." Auf der Veranstaltung in der "Stätte der Begegnung" sagte er weiter: "Diese Dinge, die sich in Berlin abgespielt haben, kommen auf uns zu. Sie werden lange dauern und nicht sehr rasch zu Ende sein. Vergessen Sie für eine lange Zeit, daß es so etwas gibt wie Wasserwerfer und Gummiknüppel und dergleichen."

DDR-KONSUMGÜTER: DIREKT AN VERBRAUCHER IM OSTBLOCK

Neue Wege erschließt sich derzeit die Konsumgüterindustrie der DDR im Ostblock. In Charkow, UdSSR, wurde ein "DDR-Möbelzentrum" aufgebaut, das direkt von Produzenten an den Kunden verkauft. In verschiedenen Bezirken der DDR entstehen neue Möbel-Produktionszentren, die Möbel-Serien entwickeln, die sowohl im Westen wie im Osten verkauft werden sollen. Geplant ist, in einigen Städten der UdSSR ähnliche Möbel-Zentren wie in Charkow zu errichten, um die Produktion ohne Handelswege an den Käufer zu bringen. Andere Zweige der ostdeutschen Konsumgüterindustrie wollen diesen Weg ebenfalls beschreiten, wenn er sich als erfolgreich erweist.

JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN: ZU DEN WELTJUGENDFESTSPIELEN

Der schleswig-holsteinische Landesverband der CDU-Jugendorganisation Junge Union hat, entgegen dem Wunsch des Bundesvorstandes, die Entsendung einer offiziellen Delegation zu den Sofioter Weltjugendfestspielen Juli-August 1968 beschlossen. Man wolle, wurde verlautbart, sich zwar an die offizielle Linie des Bundesvorstandes halten, sei aber geneigt, um der eigenen ostpolitischen Vorstellungen willen die Beschlüsse des Bundesvorstandes "so exzessiv wie möglich auszulegen".

ULMER THEATER: URAUFFÜHRUNG DER "NOTSTANDSÜBUNG"

Michael Hatrys "Notstandsübung", ein "Stück über die Vorgeschichte und Ereignisse des 2. Juni 1967", wird am 21. März 1968 zur Uraufführung in der Ulmer Hochschule für Gestaltung gebracht. Die nächsten Vorstellungen sind für den 24., 27. und 29. März vorgesehen (jeweils 20.30 Uhr).

NEUER OPPOSITIONS-STIL: "DISKUTANTEN-TRUPPS"

Der örtliche Ausschuß der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in Velbert-Niederberg hat einen neuen Diskussions-Stil entwickelt. "Diskutanten-Trupps" aus jeweils drei Vertretern der Außerparlamentarischen Opposition sollen in Versammlungen und Gruppenabenden anderer Verbände und Jugendgruppen über ihre Vorstellungen referieren und diskutieren. Fünfzig Jugendgruppen, Gewerkschaftsgremien und andere Verbände wurden schriftlich von diesem Vorhaben unterrichtet. Die Folge: Zahlreiche Einladungen, u. a. von der örtlichen IG Metall, einem Jugendclub und den Jungdemokraten.

TAGESSPIEGEL-MATTHES: DEN STUDENTEN "ERBITTERTE GEGNER"

Erbitterte Gegnerschaft kündigte "Tagesspiegel"-Redakteur Günther Matthes am Mittwoch den Studentenvertretern an. Ungefragt - er war eingeladen, um vor einem Jungbürgerforum im Rathaus Charlottenburg dem Regierenden Bürgermeister Fragen zu stellen - gab Matthes während der Diskussion eine Erklärung zur Entwicklung um die Studentenkolonne seiner Zeitung ab. Die Kolonne war in letzter Zeit mehrfach nicht ge-

druckt worden, weil sie nach Meinung des "Tagesspiegel" den Rahmen studentischer Fragen überschritten habe. Wörtlich erklärte Matthes, er habe den Eindruck, "daß die Studenten, also die Vertreter der Studenten, sagen: Nun laßt mal euren Rechtsstaat, das ist liberaler Quatsch. Wenn wir das Establishment so angreifen wollen, wie wir es wollen, dann müssen wir den Rechtsstaat verlassen. Und sie verstehen immer Bahnhof, berlinisch ausgedrückt, wenn man ihnen sagt: Hört mal, unsere Zeitung ist nicht dazu da, um andere zu beleidigen. Ihr könnt notfalls uns beleidigen, das halten wir aus, denn es ist unser eigener Raum, unsere eigene Zeitung; aber bitte nicht andere. Dafür haben die überhaupt kein Organ, daß das nicht geht. Daß man nicht sagen kann: Wir sind dagegen, und der Rechtsstaat soll sich darum kümmern, daß unsere Leute, wenn Sie 'n Bart haben, nicht gehauen werden, aber in dem Moment, wo es uns in den revolutionären Kram paßt, den Rechtsstaat zu dispensieren, dann wollen wir dies tun. Dann wollen wir den Schütz beleidigen und die anderen, die Regierung faschistisch nennen oder faschistoid, in etwas vornehmerer Aussprache. Das wollen sie in unserer Zeitung haben und verstehen es partout nicht, wenn wir sagen, das geht einfach nicht. Und wir sehen ja so eine enorme Gefahr eines Aufbringens des rechtsstaatsbewußten Teils der Bevölkerung - und das sind gottlob 95 Prozent! -, und wenn die Studentenvertreter in dieser Richtung fortfahren, dann können wir nur sagen: Wir werden versuchen, ihnen die Rubrik weiter zur Verfügung zu stellen, aber wir erkennen dann, daß wir ihre erbitterten Gegner pro Rechtsstaat sein werden."

SEMINAR UND WORKSHOP: PRAXIS DER GEWALTFREIEN AKTION

In Bückeburg findet vom 29. März bis zum 7. April ein Seminar für die "Ausbildung in gewaltfreier Aktion" statt. Die gewaltfreie Aktion eröffne denjenigen, die vom Establishment entmündigt worden sind, demokratische Praxis, heißt es in einer Stellungnahme zu diesem Seminar. Diese Praxis gebe die Möglichkeit, "selbsttätig politischen Willen zu formulieren und dann offen und gewaltfrei erstens Protest anzumelden, zweitens den Herrschaftsapparat zunächst punktuell und später umfassend zu lähmen und drittens neben dem herrschenden System befreite Institutionen zu schaffen". Diese sollen durch ihr aufklärendes Vorbild und durch den Anpassungszwang, der von ihnen nach einer Massenbeteiligung ausgeht, die umfassende Demokratisierung der Bundesrepublik ermöglichen. Der Bückeburger Kurs soll den Versuch einer "Einübung in die Praxis der direkten, gewaltfreien Aktion" darstellen. Zur Diskussion steht eine Aktion zum 20. April, dem Vorabend des Jahrestages des griechischen Militärputsches; sie soll in mehreren Städten der Bundesrepublik gleichzeitig und in ähnlicher Form durchgeführt werden. Im Seminar werden Erfahrungen aus den USA, aus England und aus der Bundesrepublik und Westberlin erörtert. Anmeldung bei Pastor Peter Schwenkhagen, 4967 Bückeburg, Internationales Freundschaftsheim.

EXTRA ÜBER UNS

EXTRA-Dienst-Leser leben gefährlich: Schon des öfteren teilten uns Abonnenten mit, daß sie bei öffentlicher Lektüre, beispielsweise in BVG-Verkehrsmitteln, angepöbelt und daß ihnen in einzelnen Fällen die Dienste weggenommen und zerrissen wurden. Im "Tagesspiegel" las man kürzlich sogar, daß einer unserer Leser in Kreuzberg mit der Pistole bedroht wurde. "So etwas liest man nicht", erklärte der Revolverheld. Als ihn die Polizei festnahm, stellte sich heraus, daß es sich um eine Spielzeugpistole gehandelt hatte. Die Polizei sah den Fall als "groben Unfug" an.

Auch EXTRA-Dienst-Schreiber haben es mitunter schwer: So sperrte jetzt eine größere westdeutsche Zeitschrift, die unter anderem mit braven, schüchtern verhüllenden Busenfotos um Lesergunst wirbt, einem EXTRA-Dienst-Redakteur den gänzlich unpolitischen Verdienst: Ein Journalist, der sich innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition so engagiere, könnte Schwierigkeiten mit Bonner Indizierungsinstanzen bringen, auch wenn man lediglich ironisch-freche Feuilletons über Film und Fernsehen aus seiner Feder drucke. Ein Vorwand - siehe Lübke und "Stern" - finde sich für Bonner Stellen doch immer. Falls sich der Schreiber von EXTRA-Dienst und vom Republikanischen Club zurückziehe, sei man wieder zur Zusammenarbeit bereit. Die Herren werden warten müssen...

VERTRAULICHES SPD-PROTOKOLL: DIE UNGESCHMINKTE WAHRHEIT

In der vergangenen Woche legte der Westberliner Senat seinen 6. Bericht zur Lage der Stadt vor. "Im Kern gesund" sei die Wirtschaft - darin gipfelte die Aussage des Berichts von Senator König. Wie es um die Wirtschaft Westberlins und die Konzeption des Senats wirklich steht, geht aus dem Protokoll des wirtschaftlichen Arbeitskreises der SPD-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus hervor, das EXTRA-Dienst nachstehend im vollen Wortlaut dokumentiert.

"Kurzprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises IV am Mittwoch, dem 31. Januar 1968 - 10 Uhr - Raum 2033

Tagesordnung: 1. Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft. a) Die Konzeption des Senats für das Engagement des Bundes in Berlin. b) Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Berlin des BDI. c) Maßnahmen des Senats zur Förderung der Industrieansiedlung. d) Pläne zur Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

2. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Gen. Böttcher, eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Punkt 1) der TO: Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft.

a) Die Konzeption des Senats für das Engagement des Bundes in Berlin

Gen. König führt aus, eine Konzeption im eigentlichen Sinne sei nicht ausgearbeitet. Der Gedanke eines verstärkten wirtschaftlichen Engagements des Bundes in Berlin habe sich aus den allgemeinen Überlegungen über Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ergeben. Dabei sei ein beispielhaftes Vorgehen des Bundes angestrebt worden. Die Möglichkeiten dazu seien aber sehr begrenzt. Dies habe sich auch aus den Besprechungen mit dem Bundeswirtschaftsministerium ergeben. So ließen sich Werften und Bergbauunternehmen naturgemäß nicht in Berlin installieren. Übrig geblieben in den Überlegungen seien die Vereinigten Aluminiumwerke und das Volkswagenwerk. Was letzteres anbetriffe, so seien die vorhandenen Produktionsanlagen nicht übermäßig genutzt, so daß Erweiterungsinvestitionen, wo auch immer, nicht vorgesehen seien. Die gegenwärtigen Zulieferer seien ebenfalls nicht vollkommen ausgelastet. Es sei keineswegs damit zu rechnen, daß eine VW-Autoproduktion nach Berlin verlegt würde, allenfalls vielleicht einmal einige Zuliefererbetriebe. Auch bei den Vereinigten Aluminiumwerken seien die Voraussetzungen ungünstig: In Berlin gäbe es keine Bauxitlager und der Strompreis sei hoch.

In der Diskussion vertritt Gen. Stobbe die Auffassung, wenn wir uns klar wären, daß keine Chancen für ein stärkeres Engagement von Bundesunternehmen in Berlin bestünden, so müßte mit vorhandenen Illusionen in der Öffentlichkeit aufgeräumt werden. Er halte aber auch die Diskussion, nur auf Bundesunternehmen beschränkt, für zu eng begrenzt. Gen. Stobbe will wissen, ob es beim Senat eine Konzeption für das Hereinholen von anderen bundesfinanzierten Bereichen gibt, etwa bei der Forschung und anderen Dienstleistungen.

Gen. Jannicke führt aus, er habe bei der Beratung des 'Glienicker Papiers' darauf gedrängt, die Forderung nach Ausbau der Dienstleistungsbereiche dort aufzunehmen, da er die Schwierigkeiten beim Ausbau des produzierenden Sektors vorausgesehen habe. Der kleine Unternehmer sei überfordert, wenn man von ihm verlange, allein aus politischen

HINWEISE DER REDAKTION

DAS THEATER 57 IM REICHSKABARETT widmet am Montag, 25. März (20.30 Uhr) einen Abend dem 1962 verstorbenen US-Dramatiker Robinson Jeffers.

DIE HAMMERSÄNGER, früher FU-Studentenkabarett, kommen vom 16. bis 19. März, jeweils 23 Uhr, ins Westberliner Reichskabarett.

SONNTAG, 17. 3., 20 Uhr: "Die Bewußtseinsmauer des Westens". Über dieses Thema spricht im Republikanischen Club Dr. Hans Kilian, Gründungsmitglied der Humanistischen Union.

Gründen hier mehr zu investieren. Eine Stärkung der Berliner Wirtschaftskraft sei nur möglich, wenn der Bund sich selbst stärker engagiere.

Auf Frage des Gen. König, an welches konkrete Engagement er denke, nennt Gen. Janicke beispielsweise das Bundesamt für Außenhandelsinformation. Er führt weiter aus, es sei verfehlt, etwa den Entwicklungsländern zuzumuten, auf drei großen Ausstellungen im Bundesgebiet und in Berlin jährlich auszustellen. Hier sei z. B. eine Konzentrierung und Verlagerung auf Berlin möglich. Notwendig sei in jedem Fall, daß der Senat eine Konzeption habe.

Gen. Krutz stellt die Frage, ob es richtig gewesen sei, bei dieser Sachlage die Menschen der Stadt in falschen Vorstellungen zu belassen. Auch er sei der Auffassung, ein verstärktes industrielles Engagement des Bundes sei jetzt nicht mehr erreichbar. Hier aber sei in der Vergangenheit sehr viel versäumt worden. Das Zentralproblem läge heute darin, den Bund wenigstens darauf zu verpflichten, genügend Aufträge nach Berlin zu vergeben. Dies gelte auch für die Bundesunternehmen. Wichtig sei es, realistische Ziele anzustreben und nicht falsche Vorstellungen bei der Bevölkerung zu erwecken.

Gen. Geschinsky regt an, zusammen mit dem Bundesforschungsminister zu prüfen, ob auch kleinere Forschungsinstitute nach Berlin geholt werden könnten.

Gen. Stobbe meint, man müsse drei Komplexe unterscheiden. 1. Bundesunternehmen nach Berlin. Hier stimme er dem Gen. König zu. Auch er sähe gegenwärtig keine Möglichkeiten. 2. Bundeseigene Institutionen nach Berlin. Hier bedürfe es einer Konzeption des Senats, über die die Abgeordneten informiert werden müßten. 3. Bundesaufträge nach Berlin. Hier wolle er wissen, was im einzelnen getan werde und wie dies geschähe, wie die Bundestagsabgeordneten eingeschaltet seien und wie die Kontakte zu den einzelnen zuständigen Ministerien aussähen.

Gen. König führt aus, daß die Forderung einer verstärkten Präsenz von Bundesunternehmen weitgehend taktischer Natur gewesen sei. Was die Forschung anbetraf, so sei er hier nicht der zuständige Mann. Hier müsse Gen. Stein befragt werden. Gen. König schildert dann im einzelnen die Widerstände, die seinen Bemühungen unüberwindlich entgegengestellt würden. Die öffentlichen Erklärungen der Verantwortlichen seien weitgehend Lippenbekenntnisse. Die Großkopfen der Wirtschaft seien weiterhin nicht bereit, nach Berlin zu kommen. Starke Widerstände seien auch unter Sozialdemokraten festzustellen. Bundesverkehrsminister Leber z. B. sei ein ausgesprochener Berlin-Feind. Im Hinblick auf Investitionen der amerikanischen Firma Kaiser in Berlin sei er skeptisch. Gegenwärtig führe er Gespräche mit vielen Unternehmen. Möglicherweise würde eine Absprache mit Flick erfolgen.

Gen. Horst Schulze ergänzt, Linie des Senats sei ein verstärktes sichtbares Engagement des Bundes in Berlin. Ein geschlossenes Programm aufzustellen sei für den Senat aber kaum möglich. Im Forschungsbereich sei jedoch eine Art von Konzeption vorhanden, die auch darauf abziele, private Forschungsinstitutionen nachzuziehen. Was Bundesinstitutionen anbetraf, so habe z. B. die Debatte im Bundestag über das Oberste Bundesgericht gezeigt, welche geringe Resonanz der Vorschlag, Berlin als Sitz zu wählen, gefunden habe. Ein anderes Beispiel sei gegenwärtig die Bundesanstalt in Nürnberg. Jeder Versuch, Institutionen abzuwerben, sei außerordentlich schwierig und stoße auf sehr harten Widerstand. Im Hinblick auf neue Institutionen für bestimmte Bereiche sei man dabei, eine Konzeption aufzustellen. Ein kleiner Erfolg sei hier die Eröffnung eines EWG-Büros als Außenstelle der Bonner Einrichtung, die nach Berlin zu holen allerdings acht Jahre gedauert habe.

Gen. Brunner hält die Fakten nicht für so deprimierend, wie dies nach dem Verlauf der Diskussion erscheinen könne. Im Hinblick auf zu hoch gesteckte Ziele erscheine das Erreichbare zwar gering, wenn man die Vorstellungen aber auf das Vernünftige reduziere, sei es in den richtigen Größenordnungen durchaus nicht so negativ zu bewerten. So sei es z. B. unbestreitbar, daß die Bundesunternehmen im großen Umfang Aufträge nach Berlin vergäben. Sehr schädlich seien die ständigen öffentlichen Diskussionen um bestehende Vergünstigungen, wie Straßenbenutzungsgebühr, Flugpreissubventionen und Berlinhilfegesetz. Hier sei der Schaden durch negative Reaktion privater Unternehmer oft größer als die strittige Summe. In diesem Bereich sei es notwendig, eine Kontinuität zu sichern.

Gen. Stobbe hält den deprimierenden Eindruck des Arbeitskreises dadurch für begründet, daß Gen. König gesagt habe, der Senat habe keine Konzeption. Er schläge vor, über den Forschungsbereich hier im Arbeitskreis Gen. Stein zu befragen, über die politischen Schwierigkeiten in Bonn den Gen. Spangenberg.

Die Diskussion über die Bundesinstitutionen müsse völlig losgelöst von den Debatten um den Berlin-Status geführt werden. Es handele sich hier nämlich um eine Ebene, weit unter der von den Sowjets angezielten, die also die Statusfrage nicht berühre.

Gen. Jannicke hat den Eindruck, daß es bisher an einer gemeinsamen klaren Linie fehle. Jeder wisse, daß die Großkopfen der Industrie, die in Berlin nur Lippenbekenntnisse geleistet hätten, laut aufschreien würden, wenn etwa die Bundesstelle für Außenhandelsinformation nach Berlin gelegt werde. Es müsse gelingen, alle, die im Bund Verantwortung trügen, in Fragen Berlins an einen Tisch zu bringen.

Ein interessantes Instrument könne jetzt Berlin-Consult werden. Der Rat für Formgebung habe die Absicht, seinen Sitz von Darmstadt zu verlegen. Im Gespräch seien München oder Berlin. Hier seien jetzt schnelle, massive Anstrengungen auf hoher Ebene, nicht lediglich auf der der Referenten, erforderlich. Insgesamt halte er die baldige Bearbeitung einer Gesamtkonzeption für unerlässlich. Dieses Thema müsse auf der Tagesordnung des Arbeitskreises bleiben.

Gen. König weist noch auf die Schwierigkeiten hin, die seinen Bemühungen um eine Verstärkung des Osthandels entgegengestellt würden. Es bestehe Einverständnis, dieses Thema demnächst erneut im Arbeitskreis zu behandeln.

b) Bericht über die Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Berlin des BDI

Gen. König äußert sich über den BDI äußerst kritisch und skeptisch. Aus dem Arbeitspapier des BDI könne herausgelesen werden, daß in Berlin nichts geschehen dürfe, was Herrn Berg nicht gefalle. Die Aktion in der Sache, die der BDI bis jetzt gezeigt habe, sei äußerst dürftig.

Gen. Schulze sieht immerhin einen Vorteil des Arbeitskreises Berlin des BDI in der Herstellung einer psychologischen Berlin-Bezogenheit.

c) Maßnahmen des Senats zur Förderung der Industrieansiedlung

Gen. König berichtet über die Werbeaktionen des Senats.

Gen. Lohr (Senatsverwaltung für Wirtschaft) gibt dazu nähere Erläuterungen.

Gen. Jannicke stellt die Frage nach dem Erfolg der Inseratenaktion des Senats. Gen. König antwortet, als erstes Ergebnis seien 250 Anfragen eingetroffen.

Gen. Stobbe hält durch diese Reaktion die These, die Investitionsneigung sei so schwach, daß überhaupt nichts käme, für widerlegt. Er will wissen, inwieweit die Senatsverwaltung ihre Beweglichkeit gesteigert habe.

Gen. König weist darauf hin, weder Wohnungen noch Industriegelände seien gegenwärtig noch ein Problem.

Gen. Stobbe stellt die Frage, ob Bestrebungen fortgesetzt würden, zukunftssträchtige Investitionen durch direkte Kapitalanlage des Landes Berlin zu fördern. Gen. König antwortet, gegenwärtig seien hier keine weiteren Projekte in Aussicht.

Gen. Jannicke warnt davor, den Begriff 'gemischt-wirtschaftliche Betriebe' in der Diskussion nach außen zu benutzen.

d) Pläne zur Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Gen. Kuchler, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD, erläutert den von der Arbeitsgemeinschaft erarbeiteten Entwurf. Er weist darauf hin, daß das Glienicker Wirtschaftspapier die Errichtung einer solchen Gesellschaft vorsehe, wie sie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen vorhanden sei. Er beanstandet die Arbeit der Koordinierungsstelle der Senatsverwaltung für Wirtschaft an Hand einiger Beispiele, zu denen die Genossen König, Lohr und Jänichen Stellung nehmen.

Gen. Jannicke hat Bedenken, das Thema heute hier auszudiskutieren. Dies müsse in Anwesenheit auch der Senatoren für Bau- und Wohnungswesen und für Finanzen geschehen. Man solle erst einmal eine gewisse Zeit abwarten um festzustellen, wie sich die Bemühungen des Senats in der neugebildeten Zentralstelle auswirkten.

Gen. Lohr erläutert die Funktionen der Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen und Bremen. Diese hätten den Charakter von Zweckverbänden.

Gen. Stobbe schließt sich dem Vorschlag des Gen. Jannicke an. Er sieht die Schwierigkeiten nicht in Zuständigkeitsfragen. Sinn und Zweck einer solchen Gesellschaft sei eine Betreuung in jeder Hinsicht. Man solle aber erst einmal abwarten, wie sich die Zentralstelle des Senats bewähre und dann die Frage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft neu prüfen.

Gen. Geschinsky unterstreicht noch einmal die Argumente für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Wesentlicher Gesichtspunkt sei, daß man über eine solche Gesellschaft in kaufmännischer Form leichter in die Wirtschaft hineinwirken könne. Er halte es nicht für gut, diese Frage auf zu lange Zeit hinauszuschieben.

Gen. Böttcher stellt das Einverständnis des Arbeitskreises fest, das Thema zu vertagen und im Herbst neu auf die Tagesordnung zu setzen.

Er kündigt an, auf der nächsten Tagesordnung sollten u. a. folgende Punkte stehen:

1. Bäckerarbeitszeit, 2. Künstlernoteinsatz. Er weist darauf hin, daß in naher Zukunft das Problem Spielbank behandelt werden muß.

Gen. Kohlberger schlägt vor, zum Thema Nachtbackverbot den zuständigen Gewerkschaftsvorsitzenden hinzuzuladen.

Gen. Böttcher schließt die Sitzung um 12. 30 Uhr.

Protokollführer: Reinhard Gericke"

EXTRA-DOKUMENTATION

SPD-AUSSCHLÜSSE: DIE FÜHRUNG SCHÄDIGT DIE PARTEI

Zu den ersten Ausschlüssen aus der Westberliner SPD gaben Ausgeschlossene, Falken und der ebenfalls auf der Abschußliste stehende Führer des linken Parteiflügels, Harry Ristock, Erklärungen ab, die EXTRA-Dienst im Auszug wiedergibt.

Die aus der SPD ausgeschlossenen "Falken"-Mitglieder Heinz Beinert, Peter Bischoff, Hajo Schrankel und Gunther Soukup wiederholten in ihrer Erklärung einige Sätze aus dem Offenen Brief, der zum Ausschluß führte. Weiter heißt es:

"Wir, die vom Landesvorstand der Berliner SPD am 11. 3. 1968 aus der SPD ausgeschlossenen Funktionäre der Sozialistischen Jugend, Heinz Beinert, Peter Bischoff, Hajo Schrankel und Gunther Soukup, stellen fest, daß die Mehrheit der SPD-Führung dieser Stadt durch diese bürokratische Maßnahme erneut den Beweis erbracht hat, daß sie nicht bereit ist, sich mit politischer Kritik demokratisch und in aller Öffentlichkeit auseinanderzusetzen.

Wer politisch schon so angeschlagen ist, daß er die Kontrolle über seine eigenen Handlungen verliert, nicht mehr diskutiert, sondern autoritär manipuliert, wird zur Gefahr für die Demokratie.

Man hat uns ausgeschlossen, weil die SPD ganz offensichtlich die Koalitionsfähigkeit mit der CDU erlangen will. Die unverschämten Angriffe des CDU-Wohlrabe gegen Harry Ristock und die Unterteilung in 'gute' Sozialdemokraten à la Mattick und in jene wie Ristock haben die Mehrheit des SPD-Parteivorstandes zu keiner Gegenmaßnahme veranlaßt. Im geheimen Einverständnis arbeiten Amrehn, Schütz und Neubauer zusammen.

Unser Ausschluß wird der Beginn der Hexenjagd gegen alle demokratischen Kräfte innerhalb der SPD sein. Wir werden gegen den Ausschluß alle innerparteilichen, politischen und juristischen Mittel zur Anwendung bringen. Wir werden weiter unserer politischen Überzeugung Ausdruck geben und uns durch keine administrativen Maßnahmen einschüchtern lassen. Unsere Freunde in der SPD fordern wir auf, offensiv und ohne Kleinmut für die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie in der Berliner SPD zu kämpfen."

Der Landesvorstand der Sozialistischen Jugend "Die Falken" wies in einer Stellungnahme auf zunehmende Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Jugendverband hin und erklärte dann:

"Der Landesvorstand der Berliner Falken macht die Mehrheitsfraktion in der Berliner SPD für die Folgen der jetzt einsetzenden Entwicklung voll verantwortlich. Das Vertrauen

der kritischen jungen Generation ist mit derart engstirnigen Praktiken nicht zurückzugewinnen. Die Mitgliedschaft des sozialistischen Jugendverbandes wird sich auch keineswegs darin bevormunden lassen, wen sie zu Repräsentanten des Verbandes macht. Dies wird die in wenigen Wochen stattfindende 21. Jahres-Landeskonferenz der Berliner Falken erweisen. Ohne der Entscheidung der Delegierten vorgreifen zu wollen, spricht der Landesvorstand aber schon heute seinen von der SPD gemäßregelten Mitgliedern das Vertrauen aus und wird es nicht zulassen, daß diese zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert werden, nur weil ihnen die sozialdemokratische Plattform vorübergehend entzogen ist."

Harry Ristock zitiert in einer längeren Erklärung einen Brief führender Westberliner Sozialdemokraten (Brandt, Neumann, Mattick, Reuter, Schröder, Schütz, Suhr) an den jetzt ausgeschlossenen Jürgen Gerull aus dem Jahre 1951 - Gerull wurde damals aus einem DDR-Zuchthaus entlassen - und sagt u. a. :

"Dieser Beschluß widerspricht den Traditionen, dem Geist und den Buchstaben der inneren Gesetze der SPD. Er stellt eine eklatante Verletzung sozialdemokratischer Normen dar. Seine Auswirkungen sind in schwerer Weise schädigend für die Partei und Stadt. Die Betroffenen haben zwar in ihren schriftlichen Auslassungen einen Stil gewählt, den ich in keiner Weise unterschreiben kann. Festzustellen ist aber, daß in den letzten Wochen und Monaten führende Repräsentanten der Partei Reden und Handlungen begangen haben, die gleicherweise nicht zu verantworten sind. Hinzuweisen ist hier auf die Stadt und Partei schädigenden Beschlüsse, Handlungen und Äußerungen einiger führender Sozialdemokraten. Auch diese Äußerungen können keine Grundlage für Parteiausschlußverfahren sein.

Die Sozialdemokratische Partei hat eine lange demokratische Geschichte. Trotz aller Mängel, trotz aller Unzulänglichkeiten trägt sie die Chance in sich - ich meine als einzige Partei in Deutschland - Plattform zu sein für alle demokratischen, für die Zukunft arbeitenden Teile der Bevölkerung. Plattform zu sein für die Chance, das gespaltene Volk zu seiner Einheit zu führen.

Schlägt man dieser Partei ihre progressiven Teile ab, selbst wenn sie über das Ziel hinauschießen, macht man sie zum Kretin. Ich rufe die Jugend der Stadt, die Denkenden, die Intellektuellen, das Bürgertum - und das ist die große Mehrheit der Berliner Bevölkerung - auf, tretet in diese Partei ein, verhindert die Auswirkungen unsinniger Beschlüsse. Erhältet die Chance, aus dieser Stadt ein Modell zu schaffen für Ost- und Westdeutschland. Arbeitet mit, dieser Stadt eine neue Funktion, die demokratischste Stadt zwischen Paris und Moskau, zu schaffen.

Die Freiheit ist unteilbar. Sie ist es für die Jugend in Madrid, in Berlin und in Warschau. Ihr Appell fordert auch von den Denkenden in dieser Stadt nicht nur eine theoretische Anteilnahme, sondern das praktische Tun."

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10. 00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 , (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: